

Marion Greeske

Die Kollisionsnormen der neuen EU-Erbrechtsverordnung

17

Schriften zum
internationalen Privat-
und Verfahrensrecht

Inhaltsverzeichnis

A.	Entstehungsgeschichte und Bedeutung der Erbrechtsverordnung sowie Aufgabenstellung der Arbeit	1
I.	Die Praktische Bedeutung der Erbrechtsverordnung	2
II.	Überblick über die Entstehungsgeschichte der Erbrechtsverordnung	4
III.	Aufgabenstellung der Arbeit	6
B.	Die Kollisionsnormen der neuen EU-Erbrechtsverordnung und ihre Bedeutung für die Verwirklichung eines europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	9
I.	Europarechtliche und nationale Voraussetzungen der neuen Erbrechtsverordnung	9
1.	Kompetenz des Unionsgesetzgebers	9
a)	Grenzüberschreitender Bezug	10
b)	Bezug zum Binnenmarkt	10
c)	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	13
d)	Erforderlichkeit für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts	14
aa)	Rechtssicherheit	14
ab)	forum shopping	16
ac)	Rationalisierung des Rechts	17
ad)	Erleichterte Anerkennung	19
ae)	Ergebnis zur Erforderlichkeit	19
e)	Begrenzte Einzelmächtigung	20
f)	Subsidiaritätsprinzip	20
g)	Verhältnismäßigkeitsprinzip	21
h)	Ergebnis	23
2.	Räumlicher Anwendungsbereich	23
a)	Binnenmarktbezug bei Sachverhalten mit Bezug zu Drittstaaten	23
b)	Erforderlichkeit für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts	26
aa)	Allgemeine Gesichtspunkte der Erforderlichkeit	26

ab)	Einheitliche Außenwirkung	26
ac)	Rationalisierung des Rechts	27
ad)	Ergebnis	28
c)	Allgemeine Voraussetzungen der Unionsrechtsetzung	28
d)	Ergebnis	30
3.	Verfassungsmäßigkeit der Maßnahme nach deutschem Recht	30
4.	Ergebnis	31
II.	Gewöhnlicher Aufenthalt	31
1.	Ablösung der Staatsangehörigkeit als Anknüpfungsmoment	32
a)	Vorteile der Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit	32
b)	Diskriminierungsverbot und Staatsangehörigkeit	36
c)	Vorteile der Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt ...	41
d)	Zwischenergebnis	47
e)	Anknüpfung der Internationalen Zuständigkeit	47
f)	Ergebnis	50
2.	Der gewöhnliche Aufenthalt	51
a)	Begriffsstruktur	51
b)	Geschichtliche Entwicklung	53
c)	Feststellung des gewöhnlichen Aufenthalts	55
aa)	Kriterien zum Vorliegen des gewöhnlichen Aufenthalts	56
ab)	Rechtmäßigkeit des Aufenthalts	59
ac)	Beachtlichkeit des Willen des Betroffenen	61
d)	Grundsätze des gewöhnlichen Aufenthalts	63
aa)	Kein abgeleiteter gewöhnlicher Aufenthalt	64
ab)	Sofortige Begründung des gewöhnlichen Aufenthalts ...	66
ac)	Fehlender gewöhnlicher Aufenthalt	71
e)	Ergebnis	75
3.	Der gewöhnliche Aufenthalt in der Erbrechtsverordnung	75
a)	Das Prinzip der engsten Verbindung	76
b)	Doppelfunktionalität des gewöhnlichen Aufenthalts	77
c)	Konkurrierende gewöhnliche Aufenthaltsorte	79
d)	Nationale Vorschriften	82
e)	Rechtsprechung des EuGH	84
f)	Staatsangehörigkeit als Indiz für den gewöhnlichen Aufenthalt	87
g)	Anwendung im Erbrecht	88
h)	Fallgruppen	91

aa)	Schulbesuch im Ausland	92
ab)	Studium im Ausland	93
ac)	Travel and work	94
ad)	Beruf im Ausland	95
i)	Ergebnis	97
4.	Zusammenfassung	97
III.	Die Rechtswahl in der neuen EU-Erbrechtsverordnung	98
1.	Die Regelung der Rechtswahl in Art. 22 EuErbVO	99
2.	Bestehende Rechtswahlmöglichkeiten in den nationalen Rechtsordnungen	100
3.	Benachteiligung der Nachlassbeteiligten durch die erbrechtliche Rechtswahl	102
4.	Die Begründung des Pflichtteilsrechts	103
a)	Diskussion um die Funktionen des Pflichtteilsrechts	104
aa)	Versorgungsfunktion	104
ab)	Verteilungsfunktion	105
ac)	Familienvermögen	106
ad)	Willentliche Selbstbindung	107
ae)	Solidargemeinschaft	109
b)	Gesetzgeberische Wertung	110
c)	Ergebnis	113
5.	Die Ausgestaltung des Pflichtteilsrechts in Europa	114
a)	Zwingende Nachlassbeteiligung der Familie im europäischen common law	114
b)	Die Pflichtteilsregelungen in den übrigen Mitgliedstaaten	116
c)	Ergebnis	123
6.	Vorteile der Rechtswahl im internationalen Erbrecht	124
7.	Bewertung der Rechtswahlregelung in der Verordnung	127
a)	Möglichkeit der dépeçage	127
b)	Belegenheitsrecht	129
c)	Staatsangehörigkeit	131
aa)	Staatsangehörigkeit im Zeitpunkt der Rechtswahl	131
ab)	Frühere Staatsangehörigkeit	133
ac)	Ineffektive Staatsangehörigkeit	135
d)	Gewöhnlicher Aufenthalt	136
aa)	Gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt des Erbfalles	137

ab) Gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt der Rechtswahl	138
ac) Früherer gewöhnlicher Aufenthalt	140
e) Güterstatut	141
f) Formerfordernis	142
8. Ergebnis	145
IV. Ausnahmen zur objektiven Anknüpfung	145
1. Art. 21 Abs. 2 EuErbVO	146
2. Das Sachstatut	151
a) Vorrang des Sachstatuts nach Art. 20 a EuErbVO-E kons	152
b) Anpassung dinglicher Rechte	154
c) Besondere erbrechtliche Regelungen in Bezug auf bestimmte Vermögenswerte	156
aa) Begrenzter Anwendungsbereich des Art. 30 EuErbVO	156
ab) Durchbrechung des Grundsatzes der Nachlassseinheit	158
3. Nachlassabwicklung	159
a) Übergang des Nachlasses	160
aa) Direkt und unmittelbar	161
ab) Direkt und verzögert	164
ac) Indirekt und verzögert	165
b) Auswirkungen des Nachlassübergangs auf die Erbenhaftung	168
c) Berücksichtigung der verschiedenen Systeme des Nachlassübergangs	172
aa) Berücksichtigung der gesonderten Nachlassabwicklung im common law	173
ab) Berücksichtigung des österreichischen Verlassenschaftsverfahrens	177
4. Renvoi	179
a) Nachteile der Rückverweisung	180
b) Vorteile der Rückverweisung	182
c) Weiterverweisung	184
d) Die Regelung im Kommissionsvorschlag der Erbrechtsverordnung	185
e) Die Regelung in der endgültigen Fassung der Erbrechtsverordnung	187

5.	Ordre public	193
a)	Beachtung des Pflichtteils	193
b)	Fallgruppen der Anwendbarkeit des ordre public	195
6.	Ergebnis	196
V.	Verbindung zum Güterrecht	198
1.	Das Problem der Abstimmung des Erbstatuts mit dem Güterstatut	199
2.	Güterrechtliche Regelungen im europäischen Rechtsraum	201
a)	Anknüpfungsmomente	202
b)	Wandelbarkeit oder Unwandelbarkeit des Güterrechtsstatuts	204
c)	Ergebnis	207
3.	Neuregelung des Güterrechts auf Unionsebene	207
a)	Voraussichtliche Regelung in der neuen Ehegüterrechtsverordnung	208
b)	Voraussichtliche Regelungen des Güterrechts eingetragener Partnerschaften	209
c)	Bewertung der Neuregelung aus Sicht des internationalen Erbrechts	211
aa)	Die Regelungen des Güterrechts eingetragener Partnerschaften unter Berücksichtigung des internationalen Erbrechts	212
ab)	Die Regelungen des Ehegüterrechts unter Berücksichtigung des internationalen Erbrechts	213
4.	Ergebnis	215
C.	Abschließende Betrachtung	217

